



Antrag

der Fraktion der Bündnis 90 / Die Grünen

"Freiwilliges Soziales Jahr Politik" sinnvoll gestalten

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. die Möglichkeit zu schaffen, dass das „Freiwillige Soziale Jahr Politik“ in Schleswig-Holstein abgeleistet werden kann,
2. bei politischen Stiftungen, Verwaltungen und Gremien der Landes- und Kommunalparlamente, Ämtern und Kommunalverbänden und Einrichtungen der politischen Bildung dafür zu werben, dass Plätze hierfür zur Verfügung gestellt werden,
3. zu prüfen, ob Plätze für das freiwillige Soziale Jahr der Politik zusätzlich oder unter Reduzierung der bisherigen Plätze des freiwilligen Sozialen Jahres eingerichtet werden.

Begründung:

Durch das „Freiwillige Soziale Jahr Politik“ soll es jungen Menschen ermöglicht werden, Strukturen, Aufgaben und Arbeitsabläufe politisch relevanter Institutionen kennen zu lernen. Dabei wird den Jugendlichen nicht nur ein Gefühl der Eigenverantwortung vermittelt, sondern auch ein Fundament für staatsbürgerschaftliches Verständnis gelegt.

Der Landtag beschloss mit dem Haushaltsplan 2009 die Bereitstellung und Förderung von 731 FSJ-Plätzen ab dem Jahr 2008/2009. Ziel der Landesregierung war, die positiven Effekte gegen Jugendarbeitslosigkeit zu nutzen und die grundlegende

Bedeutung des FSJ für sozialpflegerische Berufe zu fördern. Ähnliche Ausgangspunkte ergeben sich für das FSJ Politik. Wir hoffen, dass auch dieses FSJ Politik ein weiterer wichtiger Baustein sein wird, um Jugendliche dafür zu motivieren, sich für Politik zu begeistern, das Verständnis von und für Politik zu fördern und dergestalt Politikverdrossenheit entgegenzuwirken.

Verschiedene Bundesländer z.B. Sachsen (2003), Sachsen-Anhalt (Anfang 2008) und Niedersachsen (Anfang 2009) nehmen eine Vorreiterrolle für eine gelungene Umsetzung des FSJ Politik ein. Der Unterstützung des Landes und der Erfolg dieser Initiativen ist auch ein Gradmesser dafür, welchen Stellenwert dem politischen und sozialen Engagement von Jugendlichen beigemessen wird.

Angelika Birk
und Fraktion